

Mehr Sicherheit beim E-Voting verlangt

Parlamentarier simulieren Abstimmungsbetrug

ase. · 152 Jahre lang wurde in der Schweiz rein analog abgestimmt. Seit 2000 kann ein Teil der Stimmbürger im Rahmen von Tests in verschiedenen Kantonen elektronisch abstimmen. Dieses sogenannte E-Voting sei nicht sicher und öffne Manipulationen Tür und Tor, kritisieren eine wachsende Zahl von Politikern sowie IT-Fachleute – und fordern ein Verbot. Das geht Nationalrat Marcel Dobler und Ständerat Damian Müller (beide fdp.) jedoch zu weit. «Wir sind ebenso gegen ein Technologieverbot wie gegen eine schleichende Einführung von E-Voting», sagt Dobler, der als Mitgründer der Firma Digitec zu den wenigen IT-Experten in den eidgenössischen Räten gehört.

Um herauszufinden, wie leicht Abstimmungen tatsächlich manipuliert werden können, entwickelte der Sicherheitsexperte Stefan Frei im Auftrag der beiden FDP-Politiker einen Angriffssimulator. Dieser wurde Medienvertretern am Montag vorgeführt. Er zeigt, wie viele Stimmen ein Angreifer hätte verfälschen müssen, um die Volksabstimmungen von 1998 bis 2017 zu kippen. Unter www.evotestim.ch kann jedermann die Probe aufs Exempel machen. Weicht das E-Voting-Resultat eines Kantons mehr als 20 Prozent vom Resultat der traditionellen Stimmabgabe ab, so gilt dieses Ergebnis als suspekt und wird untersucht. Der Angriffsversuch wäre misslungen. Frei, der an der ETH lehrt und Firmen in Sachen Cyber-Security berät, spricht von einer «Detektionsschwelle». Füttert man den Simulator mit realistischen Angaben, wird klar, dass nur ein kleiner Teil der 180 Abstimmungen der letzten 20 Jahre hätte gekippt werden können, ohne dass dies entdeckt worden wäre. «Doch eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Wir müssen vielmehr festlegen, welches Restrisiko wir akzeptieren können», sagt Frei.

Aufgrund der Analyse durch Evotestim beurteilt Ständerat Müller das Restrisiko bei den laufenden Versuchen der Bundeskanzlei als zu hoch. Als gefährlich erachtet er, dass im Testbetrieb bis zu 50 Prozent des kantonalen Elektorats zur elektronischen Stimmabgabe zugelassen werden können. In einer am Montag eingereichten parlamentarischen Initiative verlangt er, diese Höchstgrenze auf 30 Prozent zu senken. Ausgenommen sind davon die Auslandschweizer. Weiter fordert Müller, dass maximal zwei Drittel der Kantone E-Voting im Testbetrieb einführen dürfen. So soll eine schleichende Einführung der elektronischen Stimmabgabe verhindert werden.